



BERGSTRASSE

## PRESSEMITTEILUNG 02/2013

### Negative Folgen für Personal, Eltern und Kinder zu befürchten

**Kreis Bergstraße.** „Man kann der Landesregierung ja einiges nachsagen, nicht jedoch, dass sie aus ihren Fehlern lernt“, sagt Tony Schwarz vom Vorsitzendenteam des Kreisverbandes Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit Blick auf den Gesetzentwurf für ein neues Hessisches Kinderförderungsgesetz. Aus Sicht der Bildungsgewerkschaft ist zu befürchten, dass eine Umsetzung negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen in den Kindergärten, aber auch auf die Kinder in den Tageseinrichtungen und deren Eltern haben wird.

„Statt hinsichtlich der Kinderfrühförderung die durch die Gesetzeslage geschaffene Chance zu nutzen und echte Qualitätsverbesserungen zu schaffen, stehen alle Maßnahmen einzig und allein unter dem angeblichen Finanzierungsvorbehalt“, kritisiert Schwarz. Stattdessen werde in die Trickkiste gegriffen und die Erhöhung der Gruppengrößen und die Verschlechterung des Betreuungsschlüssels hervorgehoben. So werde die geplante Pro-Kind-Pauschale eine Anhebung der Gruppengrößen auf 25 Kinder zur Folge haben. Gleichzeitig würden Ausfall- und Verfügungszeiten für die Entwicklung von Bildungskonzepten und deren Umsetzung für die Bildungsentwicklung, gerade auch von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, unzureichend berücksichtigt. Es sei im Interesse der Kinder nicht hinnehmbar, die Bildungsmöglichkeiten des einzelnen Kindes, aber auch die aller Kinder derart eklatant zu verschlechtern.

Außerdem werde durch das so genannte Platzsharing eine Kluft zwischen der finanzierten Betreuungszeit in Höhe von nur noch 42,5 Stunden und den durch die Neuerung tatsächlich notwendigen Zeiten erzeugt. „Wenn sich zwei Halbtagskinder à 25 Stunden einen Platz teilen, dann sind wir insgesamt eben bei 50 Stunden und nicht bei 42,5“, so Schwarz. Es sei zu befürchten, dass die Träger der Einrichtungen im Zuge dessen entweder gegen das Interesse der Eltern die Öffnungszeiten reduzieren oder das Ganze durch eine kräftige Gebührenerhöhung finanzieren.

Ein Trauerspiel sei das Vorhaben, den Anteil des fachfremden Personals auf 20 Prozent auszuweiten. Besonders gravierend werde sich die Absenkung des Fachkraftschlüssels auf die Bildungsbedingungen für Kinder mit Behinderungen auswirken. Dieses Vorgehen sei unverantwortlich. „Wir brauchen pädagogische Professionalität in den Tageseinrichtungen im Interesse der Kinder, weshalb die Ausweitung des Einsatzes von nicht-professionellem Personal abzulehnen ist“, macht der Gewerkschafter deutlich und fühlt sich an die Zeit der „Unterrichtsgarantie plus“ in den Schulen erinnert: „Die Deprofessionalisierung durch die Öffnung für nicht ausgebildetes Personal hat sich in den Schulen erwiesenermaßen kontraproduktiv ausgewirkt. Es ist von daher nicht einmal im Ansatz nachvollziehbar, weshalb dieser Fehler erneut gemacht wird. Zumindest dann nicht, wenn tatsächlich das Kindeswohl als Maßstab genommen wird.“ Es sei aber davon auszugehen, dass es sich um den Versuch handle, „einen fehlgeleiteten Sparwillen auf dem Rücken der Beschäftigten und vor allem der Allerkleinsten auszutragen“.